

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 12 (1922)
Heft: 42

Artikel: England versagt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-646809>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einkaufspreise von Fr. 210 pro Hektoliter, sonst würden sich die Fabrikanten mit Recht über die Zurücksetzung gegenüber den Brennern und Bauern beklagen, denen sie einen sechs- bis siebenmal zu teuren Spirit bezahlen müßten. Wenn aber die Monopolverwaltung über das solcherweise provozierte Defizit hinaus aus dem Alkoholverkauf 7—8 Millionen verdienen will — um sie, wie versprochen wird, der Alters- und Invalidenkasse nutzbar zu machen, — dann muß sie es außerordentlich geschickt anstellen. Entweder muß sie den Trinksprit sehr teuer verkaufen — dann wird weniger Schnaps und dafür mehr Bier und Wein getrunken, oder dann muß sie zu dem teuren einheimischen Spirit noch sehr viel billigen ausländischen zukaufen — aber nein, das geht wieder nicht, weil ja die Alkoholvereinsion die Branntweinpest eindämmen und nicht fördern soll.

Die Preisgarantie kann in der Tat der Neuordnung zum Verhängnis werden: sie vereitelt entweder den fiskalischen oder dann den sozialen Zweck.

Sie könnte unter Umständen Gutes wirken. Dann nämlich, wenn der Bund unter dem Druck der Preisfessel — um der Alkoholfut, die ihm die Millioneneinnahmen wegswemmt, zu entgehen — alle Anstrengungen machen würde, um die rationelle Obstverwertung zu fördern. Vielleicht kommt er durch die Not dazu, die gemeindeweise Organisation der Obst- und Moststerilisierung, der Fruchtverarbeitung zu Marmelade und Konfitüren zu unterstützen. Es ist nicht auszudenken, wie segensreich das Wirken der Alkoholverwaltung auf diese Weise für das leibliche und geistige Wohl des Schweizervolkes werden könnte. Millionen und aber Millionen von Werten könnten aus dem giftigen, kultur- und kräftezerstörenden Alkoholstrom für die Volksernährung herausgerettet werden.

Freilich diese Entwicklung setzt nicht bloß die Einsicht und den guten Willen der für das Volkswohl verantwortlichen Behörden, sondern in noch größerem Maße die Erkenntnis und den Willen der Volksmassen voraus. Die große Menge stellt sich heute zur Alkoholfrage noch indifferent. Das Mehr oder Minder interessiert sie nicht. Sie glaubt hierin lieber den Optimisten als den Pessimisten. Umso wichtiger ist die Haltung der Behörde in dieser Frage. Der Vortrag von Herrn Bundesrat Mury ist ein erfreuliches Anzeichen für das Erwachen des Verantwortlichkeitsgefühls. Wir stimmen voll und ganz mit seinem Appell an die Öffentlichkeit überein. „Die Erfahrung hat gezeigt — so schreibt Herr Mury — daß die Schule und der öffentliche Unterricht im allgemeinen die Entwicklung des Alkoholismus nicht verhindern kann. Man muß ihm eine ganz besondere Erziehung entgegensetzen. Die Jugend muß von der Kindheit an, in Spezialkursen, von den Gefahren des Alkoholismus unterrichtet werden. Es ist notwendig, daß der gesamte Lehrkörper in die Lage versetzt werde, diese besondere Erziehung der gesamten Jugend angedeihen zu lassen. Warum könnte man z. B. nicht einen Teil des Alkoholzehntels dieser so nützlichen Form von vollstündlicher Erziehung zuwenden?“

In den Kreisen der Alkoholgegner aus Gesinnung hält man indessen diese projektierte Lösung der Schweizerischen Alkoholfrage für ungenügend. Das Alkoholmonopol, so sagt man da, interessiert den Fiskus am Alkoholkonsum. Die Mury'sche Neuordnung stellt den Kantonen einen künftigen Beitrag aus dem Alkoholgewinn ($\frac{3}{5}$ den Kantonen, $\frac{2}{5}$ der Eidgenossenschaft) von Fr. 3 pro Kopf, gegen 25 Cts. im letzten Jahr in Aussicht. Wie schnell sich ein Haushalt, ein Staatshaushalt nicht minder, auf ein höheres Einkommen einstellt und wie schwer er sich dann mit einem Abbau abfindet, weiß jeder aus Erfahrung. Und hat wirklich das Alkoholmonopol von 1885 den Alkoholismus in der Schweiz mit Erfolg bekämpft? Herr Mury glaubt, durch die Neuordnung wenigstens die schlimmsten Quellen des Alkoholelendes, die der freien Brennerei, verstopfen zu können. Sein Glaube klingt nicht sehr zuverlässlich. Es dürfte ihm

zunächst um die Rettung des Fiskus zu tun sein. Was nachher kommt, das muß man eben gewärtigen.

Wir haben unsere Meinung hierüber gesagt: Die Reform ist auf alle Fälle zu begrüßen, aber dann muß eine intensive Aufklärung des Volkes über die Alkoholfrage einsetzen und zwar von Staates wegen. Der Schnapskonsum muß nicht nur in der Theorie, sondern in Tat und Wahrheit bekämpft werden. Dazu nun scheint uns keine Einrichtung geeigneter als

das Gemeindebestimmungsrecht.

Man versteht darunter das Recht einer Gemeinde, auf ihrem Boden Kauf und Verkauf von Alkoholika zu verbieten. Für das schweizerische Gemeindebestimmungsrecht würde es sich nur darum handeln, die gebrannten alkoholischen Getränke aus einer Gemeinde zu verbannen. Dieses Recht würde nur durch einen Mehrheitsbeschluß in der betreffenden Gemeinde zustande kommen. Wenn z. B. eine Gemeinde schwer unter Alkoholismus leidet, wenn sie invalid gewordene Trinker und ihre verarmten und degenerierten Familien zu versorgen hat und unter dieser Last schier zusammenbricht, so hat sie das Recht, ein Branntweinverbot beschließen zu dürfen. Es ist dies ein Recht der Notwehr, das die Allgemeinheit dem Einzelnen gegenüber in die Hand bekäme. Dieses Recht müßte durch einen Zusatz zum Artikel 31 und 32 bis der Bundesverfassung stipuliert werden.

Die Alkoholinteressenten, die ein eigenes Sekretariat zur Bekämpfung der Antialkoholbewegung unterhalten, werden das Gemeindebestimmungsrecht mit allen Mitteln bekämpfen. Denn es stellt ihnen schwere Schädigungen in Aussicht. Gewiß werden nach Annahme des Gemeindebestimmungsrechtes bald eine große Zahl von Gemeinden das Schnapsverbot einführen, und ein Absatzgebiet um das andere wird den Schnapsproduzenten verloren gehen. Denn zweifellos werden sich die schnapslosen Gemeinden wohler befinden, und ihr Beispiel wird rasch Schule machen. Das könnte den Alkoholinteressenten eigentlich gleichgültig sein, — da ja die Alkoholverwaltung ihnen den Trester und den Spirit zu angemessenen Preisen abkauft —, wenn nicht das Gemeindebestimmungsrecht eine höchst fatale alkoholfeindliche Bewegung herbeiführen würde, die zuletzt ihrem Stande doch gefährlich werden könnte.

Gewiß, das Gemeindebestimmungsrecht würde die Antialkoholbewegung mächtig stützen. Wir glauben aber nicht zum Schaden des Schweizervolkes. In jeder Gemeinde, wo die Alkoholgegner zahlreich sind, würde eine Abstimmung angeregt und vorbereitet. Da müßten die Geister aufeinanderprallen. Doch wie sollten in einer Demokratie, wo die Mehrheit regiert und die Aufklärung erlaubt ist, darin eine Gefahr liegen? Das Alkoholkapital verfügt über eine Riesenherrschaft; es würde sie zweifellos gebrauchen. Hat es dazu noch die Vernunft und die Wissenschaft und das gute Gewissen auf seiner Seite, wie könnte ihm da der Kampf bange machen? Es müßte ja dann die Auseinandersetzung mit den Alkoholkämpfern geradezu suchen, um diese ad absurdum zu führen.

Bernünftige Gründe stehen dem Gemeindebestimmungsrecht nicht entgegen. Es ist im Grunde genommen nur die logische Ergänzung zur angestrebten Neuordnung des Alkoholwesens in der Schweiz; denn ohne das Recht des Branntweinverbotes für die Gemeinden, steht, wie gesagt, der Erfolg der Neuordnung für die Bekämpfung des Alkoholismus in der Luft.

H. B.

England versagt.

Seit der letzte Bericht erschienen, haben sich gewichtige Dinge vollzogen: Die Reste der griechischen Armee sind aus Kleinasien abgezogen, die Engländer haben sich geweigert, gleich wie die Franzosen das anatolische Ufer zu räumen, auf Haaresbreite stand man vor einem englisch-türkischen

Krieg, die Bemühungen um einen Waffenstillstand schienen an den türkischen Forderungen nach sofortiger Uebergabe Thrakiens samt Adrianopel zu scheitern, und dennoch führte die Militärkonferenz zu Mudania zu einem Abschluß des Krieges, zu einer augenblicklichen Beseitigung der Kriegsgefahr für den Balkan und damit für Europa. England hat, in seinen vitalen Interessen bedroht, den Naden steif gemacht, hat nicht vor den extremsten Forderungen der Türken nachgegeben und kann sich sogar etwas wie einen Erfolg nachrühmen. Die thrakischen Gegenden werden nicht, wie Kemal dies ursprünglich verlangt hatte, direkt den Nationalisten preisgegeben, sondern erst nach einer alliierten Zwischenbesetzung, die neutralen Zonen zu beiden Seiten des Marmarameeres und der Meerengen werden nicht aufgehoben, im Gegenteil, neue Zonen werden beigelegt; England gewinnt Zeit, kann hoffen, auf der kommenden Friedenskonferenz noch dies und das herauszuholen, was an der Militärkonferenz von den siegheraushenden Türken nicht zu bekommen war. Und dennoch, was ist geschehen?

Lloyd George hat sich in einer großen Rede gegen seine Gegner von der Labour Party und gegen die liberalen Unabhängigen verteidigt, hat nachgewiesen, daß seine Politik an die Abmachungen der früheren Kabinette mit den Franzosen und Russen gebunden war, daß schon vor seinem Regierungsantritt die Teilung der Türkei beschlossene Sache war, daß er und sein Kabinett ihre bisherige Politik auf Treu und Glauben gegenüber den Alliierten gebaut hätten, und nicht voraussehen konnten, wie Frankreich die gemeinsamen Interessen im Stiche lassen werde. Der Labour Party wirft er vor, daß sie entgegen ihren traditionellen antitürkischen Tendenzen handle, wenn sie seine jetzige Politik deswegen angreife, weil sie eine Zeitlang Kriegsgefahr bedeutete. Gegen den Vorwurf, eine bloße Amateurpolitik zu verteidigen, wirft er ein Argument unverfrorener Sophistik in die Waagschale: Die englische Politik der Geduld von anno 1914 habe zum Krieg geführt, die Politik der englischen Festigkeit von anno 22 habe den Frieden herbeigeführt.

Die Rede Lloyd Georges enthüllt gründlich die Ursachen der gegenwärtigen englischen Schwäche. Die ausschlaggebenden Parteien sind nicht mehr diejenigen, die im Kabinett vertreten sind; die nicht vertretenen aber sind nicht imstande, die Regierung zu stürzen. Die Konservativen zürnen dem Premier seit Friedensschluß jede Handlung, die zum Bruch mit Frankreich führen könnte, die Labour Party desgleichen, nur mit einem andern Hintergedanken, die Unionisten sind geschwächt, die Asquith- und Grenpartei wünscht positivere Vertretung der englischen Interessen. Dabei kann keine der Oppositionsparteien mit einem bestimmten Programm aufrücken. Die englische Politik ist wie jede andere eine Frage des Augenblicks und seiner Beherrschung, und die Programlosigkeit hat in England jene Beherrschung des Augenblicks seit je erleichtert. Im gegenwärtigen Moment aber, wo sich ein Regierungswechsel infolge Versagens der gegenwärtigen Regierung mit Notwendigkeit aufdrängt, kann sich Lloyd George den welthistorischen Luxus leisten, den Gegnern mit jovialer Ironie vorzuhalten, daß keiner der führenden Oppositionellen imstande wäre, sein Nachfolger zu werden. Diese Behauptung stimmt, und leider ist die englische Misere damit nicht erschöpft. Lloyd George hat sich seiner Erfolge gerühmt. Er gleicht einem Fuhrmann, der den rasenden Wagen dem Abgrund zuführt und sich rühmt, bisher an keinem Markstein und keiner Wurzel gestrauchelt zu sein. Dies sind seine Erfolge, und der Mann der Kompromisse versteift sich darauf, weiterhin zu fahren. Seine Rede war nichts weiter als der Ansturm gegen das Begehren seiner Linksgegner, sofort Neuwahlen auszuschreiben. Nun hat er seinen Erfolg errungen, niemand wagt, ihn ernstlich zu widerlegen, nun wird er wiederum der Inspirator der kommenden Friedenskonferenz sein, und wiederum wird ein Fliedwerk zustande kommen, das in der Geschichte den Namen des ersten Revandefriedens tragen wird.

Und dieser Friede wird die Reihe der unausdenklichen Ereignisse eröffnen, denen wir entgegengehen, wenn der Kurs in England sich nicht binnen kurzem ändert, wenn nicht anstelle der schrecklich gelähmten Politik der „Entschlossenheit“, wie der Premier sie nannte, eine Politik klar erkannter Ziele tritt.

Lloyd George hat sich gerühmt, verhindert zu haben, daß die Blutbäder von Smyrna und anderwärts sich in Stambul und Adrianopel in schlimmerer Auflage wiederholten. Er denkt sich, daß mit diesem Friedensschluß der Vormarsch der Türken über die Marika beschworen und die Balkanfeuer von der Zunkengefahr bewahrt wurden. Er plant, die Bulgaren durch Schaffung eines ägäischen Hafens für die ebenfalls mißhandelte Nation zu befriedigen und damit eine geschlossene Balkanfront gegen jedes weitere Vordringen der Osmanen zu schaffen. Sein Plan ist gut für den Augenblick, ungut aber für die Zukunft. Die weitere Angriffsfront der Türken liegt nicht in Europa, solange nicht die mitteleuropäischen Herde ausbrechen, sie liegt in Asien. Die immerwährende Beunruhigung Asiens aber verhindert, daß Europa sich in seinem Innern konsolidiert. Die Ablenkung des englischen Blickes vom Kontinent gibt das Ruder ändern, und diese ändern steuern nicht dorthin, wo die natürlich dominierenden Angelsachsen steuern sollten und müßten, wenn Europa gesunden sollte.

Der abermalige Sturz der Mark hat einem Mitgliede der Reparationskommission, Bradbury, den guten Gedanken eingegeben, einen Vorschlag zu machen, wie man die Mark stabilisieren könnte: Die Reichsbank sollte Gold verkaufen, zu einem bestimmten Markfuß, damit würde sich der Börsenwert der wertlosen Scheine auf einer bestimmten Höhe halten. Daß die Reichsbank dies aber mit Erfolg könne, solle erreicht werden durch völlige Entlastung des Reichsbudgets von allen Reparationslasten während zwei bis vier Jahren. Geschrei in Paris! Eine neue Perfidie der Engländer gegen die Interessen der Entente, unbefugter Versuch, den Frieden von Versailles zu revidieren, offener böser Wille, der noch böser wird, weil die Deutschen gar nicht eine solche Stabilisation verlangten. Und dieselbe Presse wütet gegen das Abkommen mit Stinnes, welches die Kriegsgeschädigten zwingt, dem Kriegsverbrecher größten Stills sechs Prozent Kommission zu bezahlen. Diese Presse, das Thermometer der europäischen Unbelehrbarkeit, zeigt uns, welche Zukunft unser wartet. Das Gegenpiel dazu läßt sich in Deutschland verfolgen, sei es in der Stinnespresse, die in Unendlichkeit den Faden weiterspinn, der da heißt: „Unerfüllbar! Und überdies ist Deutschland unschuldig!“, sei es in den Akten des Rathenauprozesses, wo die Gerichtssitzung mindestens eine Sympathie der Richter mit den nationalistischen Verschwörern zeigte. Die Zuchthausurteile sind gefällt, die Sühne hat begonnen — am Geiste ändert sich nichts. Diese Republik wartet auf die Stunde der neuen Monarchie und des neuen Krieges, und die Massen warten passiv, was mit ihnen geschehen wird.

Der rote Wolf von Moskau weiß, was er mit ihnen im Sinne hat! Die Liebäugelei zwischen Moskau, Angora und Paris dauert fort. Angora will, daß die Herrscher des Kremls an der Konferenz vertreten seien, da sie verkündet haben, niemals einen Pakt anzuerkennen, an dem sie nicht mitberaten haben und der die Meerengenfrage ohne Rußland regeln würde. Man kann sich das Satyrspiel vorstellen: Die drei Militaristen zerren gemeinsam an der Beute, die sie dem Pazifisten England mit seiner „Entschlossenheit“ wegnehmen wollen, an der Beute der Meerengen, und seit die Welt weiß, was ein Räuberhauptide vom Schläge Kemal vermag, weiß sie auch, wieviel die gelähmte pazifistische Macht England kann. Aber die Frage erhebt sich, ob nicht die äußerste Gefahr jenes England aufs Mal verzaubern wird. Und diese Frage ist wichtiger als beispielsweise der Sturz König Konstantins von Griechenland.